

## **Gemeinsam gegen Rechts in Oberfranken**

Resolution des Bezirksverbandes Oberfranken von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In Bayern wurden fünf Menschen durch die rechtsextreme Zwickauer Terrorzelle ermordet. Wir sind bestürzt, beschämt und wütend über das Versagen unserer Gesellschaft, die diese Menschen nicht geschützt, sondern sie sogar noch kriminalisiert hat. Wir erklären unsere Solidarität mit den Opfern und ihren Angehörigen. Von der bayerischen Staatsregierung erwarten wir, dass sie die Opfer und ihre Angehörigen rehabilitiert und für das erlittene Leid zu entschädigen sucht.

Rechtsextreme versuchen derzeit zunehmend Präsenz im öffentlichen Raum zu zeigen. Gräfenberg, Wunsiedel und Coburg sind hierfür nur drei Beispiele. Immer wieder versuchen Rechte leer stehende Gasthöfe und Gebäude aufzukaufen, wie die Neonazis des "Freien Netzes Süd" in Oberprex, Gemeinde Regnitzlosau, wo inzwischen regelmäßig landübergreifende Treffen Rechtsextremer aus Bayern, Thüringen und Sachsen stattfinden. Insgesamt besetzen Rechte vermehrt öffentliche Räume und werben in Schulen. Sie versuchen Engagierte gegen Rechts einzuschüchtern. So wurde der langjährige Sprecher des Bürgerforums Gräfenberg im Dezember 2011 Opfer eines rechtsextremen Anschlags auf sein Eigentum.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Oberfranken setzen sich dafür ein, gemeinsam mit Demokratinnen und Demokraten aller Parteien und Initiativen gegen rechte Ideologien einzutreten. Wir überlassen den Rechten nicht die Straßen und nicht die Köpfe in Oberfranken: Oberfranken ist bunte Vielfalt nicht braune Eintönigkeit.

Wir fordern

- die bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung auf, die Mittel für die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen rechtes Gedankengut und Rechtsterror zu erhöhen und zu verstetigen.
- eine lückenlose Aufklärung aller Anschläge mit rechtsextremem Hintergrund.
- eine Anerkennung und Unterstützung des Vereins a.i.d.a. (Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.)
- ein Ende der Verharmlosung rechter Gewalttaten durch die bayerische Polizei und die Staatsregierung.
- die CSU auf, sich deutlich gegen jede Form von Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit abzugrenzen.
- das Bayerische Staatsministerium des Inneren auf, Handlungsleitfäden für kommunale Entscheidungsträger für den Umgang mit Immobilienankäufen durch Rechte zu entwickeln und Beratung anzubieten.
- die Kriminalisierung des zivilen Widerstands durch Union und FDP zu beenden. In diesem Zusammenhang fordern wir ebenso wie die Landtags- und Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abschaffung der sogenannten Extremismus-Klausel.